

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Druckerei
und die Anzeigenverwaltung entgegen.
— Druckerei: Auer, 13.
Sprengel - Auer, 13.

Abbestellungen nehmen die Druckerei
entgegen. — Druckerei: Auer, 13.
Sprengel - Auer, 13.

Enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Druckerei: Auer, 13. Sprengel - Auer, 13.

Nr. 150

Mittwoch, den 1. Juli 1925

20. Jahrgang

Ein chinesischer Zwischenfall in Berlin.

Wie verlautet, ist auch dem hiesigen chinesischen Gesandten, ähnlich wie jüngst seinem Pariser Kollegen eine Unterfertigung durch eine politische Kundgebung von einer Gruppe seiner Parteimitglieder abgezwungen worden. Nur ging es hierbei bedeutend ruhiger und ohne merkliche äußeren Zwanges zu. Am Sonnabend fand in der hiesigen chinesischen Gesandtschaft eine Versammlung statt, die von dem „Ausschuß der chinesischen nationalen Freiheitsbewegung“ einberufen war, einer Organisation, die Berliner Chinesen unabhängig von der politischen Einstellung des Einzelnen umfaßt. Zweck dieser Versammlung war, bei dem hiesigen chinesischen Gesandten Sunshou Wei gegen die Anwesenheit des chinesischen Generals Hsu zu protestieren, der vor einigen Tagen mit großem Gefolge in Deutschland eingetroffen ist. Seine sofortige Abreise aus Deutschland sollte verlangt werden. Die Verhandlungen zwischen dem Gesandten Wei und den Ausschussmitgliedern gestalteten sich außerordentlich dramatisch. Die Sprecher des Ausschusses forderten die sofortige Abreise des Generals Hsu. Sie warfen ihm vor, daß er sich kürzlich in England und Frankreich von den führenden Persönlichkeiten habe feiern lassen, während seitens dieser beiden Vertragsstaaten auf chinesischen Boden mit Kanonen und Maschinen geübt worden sei. Der Ausschuss, so führten die Redner aus, betrachte auch den Deutschlandaufenthalt des Generals als Mißtrauen, da er vermute, daß politische finanzielle Gründe die eigentliche Ursache seien. In Unbetracht der politischen Vergangenheit Hsus, der sich seiner Tätigkeit in Japan, Wanne man von ihm nichts Gutes erwarten. Der Ausschuss wünschte, um General Hsu gehört zu werden, um dessen sofortige Abreise aus Deutschland zu verlangen. Dies verweigerte der Gesandte, gab jedoch unwillig, im Laufe des Gesprächs die bis dahin behauptete Wohnung des Generals Hsu bekannt: Hardenbergstraße 19. Ein Besuch dort wurde, da man eine politische Beobachtung vermutete, unterlassen. Man beschloß, sich an den Gesandten persönlich zu halten. Der Gesandte sollte durch feierliche Unterzeichnung einer Erklärung versichern, daß General Hsu in Deutschland weder Munition zu kaufen, noch irgendwelche Anleihen abzuschließen oder sonstige bedeutende Verhandlungen zu treffen beabsichtige. Falls General Hsu dennoch derartige Handlungen vornehme, so sollte der Gesandte persönlich mit seinem Leben dafür verantwortlich gemacht werden. Nach langer Debatte wurde dem Gesandten in ultimativer Form ein Schriftstück zur Unterfertigung vorgelegt, das in deutscher Uebersetzung lautet:

Der chinesische Gesandte in Deutschland bei Sunshou, gibt feierlich die Versicherung ab, daß General Hsu in Deutschland weder Munition kauft, noch irgendwelche Anleihen abschließt oder sonstige das chinesische Vaterland schädigende Abmachungen trifft. Falls General Hsu dennoch derartige Handlungen vornimmt, so steht der Gesandte mit seinem Leben dafür ein.

Der Gesandte billigte diese Erklärung und leistete bereitwillig seine Unterschrift. Dann zog er sich mit einer höflichen Verbeugung zurück. Der Ausschuss beschloß daraufhin, den deutschen Reichs- und Landesbehörden, den gesetzgebenden Körperschaften, der deutschen Presse usw. ein Schriftstück zuzuschicken, in dem die Verantwortlichkeit des Generals Hsu einer scharfen Kritik unterzogen wird. Dann ging man auseinander.

Chinesische Protestnote an Deutschland.

Das Störgen der deutschen Polizei gegen die chinesischen Studenten, das auch vom Berliner Polizeipräsidenten auf das schärfste mißbilligt wurde, hat in Berliner chinesischen Kreisen begriffliche Erregung verursacht. Wie verlautet, hat die Berliner chinesische Gesandtschaft dem deutschen Auswärtigen Amt eine Note überreicht, die eine Reihe von Forderungen enthält. In dem Schriftstück wird zunächst die sofortige Entlassung des Polizeitrots Hennig, der seinerzeit die unverständliche Maßnahme veranlaßt hat, gefordert, ferner eine offizielle Entschuldigung der deutschen Regierung, die dementsprechende Entschädigung für die arbeitslosen Studenten, die einen Tag inhaftiert waren. Wie mitgeteilt wird, wird die Note zuerst im Auswärtigen Amt geprüft. Die weitere Untersuchung der Angelegenheit ist zunächst dem Berliner Polizeipräsidenten übertragen worden.

Von chinesischer Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Deutschen in China, die bekanntlich, wie alle Telegramme besagen, bei allen Unruhen unbeschädigt sind, dort völligen Schutz der Behörden genießen und sich mit besonderen, von diesen Behörden gelieferten Binden, durch die sie sich als Deutsche ausweisen, in der Öffentlichkeit bewegen.

Die Lage in Griechenland.

Ein Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ hatte mit einem griechischen Politiker, der zurzeit in Berlin weilte, über die letzten Athener Ereignisse eine Unterredung, die folgenden Verlauf nahm:

Frage: „Was bedeutet der Staatsstreich der griechischen Militärs in der Politik des Landes?“

Antwort: „Sehr unähnlich anderen militärischen Erhebungen ist der Bungalos-Putsch ein Staatsstreich der radikal-demokratischen Republikaner. Von kleineren Parteigruppierungen abgesehen, ringen in Griechenland zwei Parteien um die Herrschaft, die beide — das muß wohl verstanden werden — republikanisch sind. Innerhalb der Front der Republikaner aber besteht ein rechter Flügel, ein Flügel der Gemäßigten, den Bungalos geführt hat, und dem auch der bisherige Ministerpräsident Michalakopoulos angehört. Im Gegensatz dazu steht die radikal-demokratische Bewegung, die von den Offizieren der Landarmee und der Marine geführt wird. Diese Bewegung ist zugleich eine sozialistische Bewegung. Das Land, das fünf Millionen Einwohner zählt, muß heute 1/3 Millionen Flüchtlinge, zunächst rein physisch, erhalten und späterhin sozial verbauen. Gewiß, die gegenwärtige Regierung ist nicht gleichgültig gegenüber dem Elend der Flüchtlinge gewesen. Aber dieses Elend verdrängt das Sehnen nach Erhebung aus der eigenen politischen Misere. So ist der Offiziersputsch zugleich ein Putsch der Ungeduld, des erfüllungslosen Hoffens, der suchenden Verweissung.“

Frage: „Hat der Putsch außenpolitische Bedeutung? Ist die Bewegung nicht vielleicht durch das unfreundliche Verhältnis zu Südslawien hervorgerufen worden?“

Antwort: „In der Tat ist leider unter Berücksichtigung zu Südslawien, mit dem wir seit 1913 durch ein Bündnis verbunden waren — nun sogar für einmal — „komplizierter“ geworden. Bei den Verhandlungen sind die Serben plötzlich mit Wünschen hervorgetreten, die das griechische Mazedonien völlig unter ihren Einfluß gebracht und die hellenische Souveränität zu einer bloßen Formel herabgedrückt hätten. Obwohl von Griechenland alles geschieht, um den Serben den Handelsverkehr über Saloniki zu erleichtern und obwohl diese Erleichterungen auch vertraglich festgelegt sind, wollten die Serben ihre Forderung als rein serbische Gebiet und die Verbindungsbahn von Gwogell an der griechisch-serbischen Grenze nach Saloniki als serbische Bahn anerkannt sehen. Außerdem haben die Serben für die Minderheiten in Mazedonien Forderungen verlangt, die die Belgrader Regierung schwerlich den Minderheiten ihres eigenen Landes zu gewähren bereit wäre. Diese Forderungen, die an sich für Griechenland demütigend waren, wurden es noch mehr durch die drastische Form, in der sie gestellt wurden. Das ist gegen das Ehrgefühl der Armeen gegangen, in der trotz des demokratischen Charakters, der sogar gelegentlich einen radikalen Zug annimmt, das Gefühl vorherrscht, daß die Regierung auf jeden Fall regieren, d. h. führen und befehlen müsse. Diese Haltung arbeitet unter dem Schlagwort der Konsolidierung Griechenlands und sie besteht darunter Strafe, administrativ, militärisch und finanzielle Organisierung.“

Frage: „So bedeutet das Kabinett Bungalos eine Verschlechterung der Regelung Griechenlands zu seinem Nachbarn?“

Antwort: „Das ist ausgeschlossen. Alle Parteien ohne Unterschied ihrer Richtung, besonders auch die Militärs, wissen, daß Griechenland mit seinem Flächenlande den Frieden braucht. Aber die Verhandlungen mit Serbien haben gezeigt, daß Griechenland an seine staatliche Reorganisation herangehen muß, um nicht wehrlos zu erscheinen, und um auf dem Wege der Gleichberechtigung mit anderen Staaten verhandeln zu können. So würde die ausdrückliche Ausschluss der Beziehungen zu Bulgarien und Italien als normal betrachtet werden können, und das die Beziehungen zur Türkei nach dem jüngsten Ausschuss aber den Wunsch des autonomen Balkanrumpfes ihre Schwere verloren haben. Im Vordergrund glaubt man, daß das neue Kabinett die Politik der bisherigen Regierung in den wichtigsten außen- und innenpolitischen Dingen fortsetzen, aber eine gewisse Tendenz zu geben und die Flügel kräftiger organisieren, haben wird.“

Empfang des neuen Reichsleiters

Berlin, 29. Juni.
Mittag 12.30 Uhr bei
außerordentlichen
nichts der Franz für
gangsführer empfangen
außer der Umgebung des
winzigen des Kabinets

Polen will mit dem Bajonett auf die Karte zeigen.

Warschau, 27. Juni. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ veröffentlicht anlässlich der Gewandener Pommerellen-Ausstellung zur Korridorfrage eine Auslassung, die deutlich zeigt, wo die Militärs und Friedenswörter liegen. Das Blatt schreibt wörtlich folgendes: Der Korridor ist so wie er jetzt ist, entschieden zu eng. Früher oder später muß man ihn verbreitern. Die Deutschen haben die Dreißigkeit, Tag für Tag nach der Rastierung des Korridors zu drücken. Die einzige Antwort auf dieses Gebrüll ist die entschiedene Forderung nach Verbreiterung des Korridors. — und zwar nach Wien und nach Ostern. — Das Land, wenn wir mit dieser Idee nicht jetzt gleich hervortreten und zugleich mit dem Bajonett auf der Karte zeigen, wo der Korridor verbreitert werden muß, so wird das Gebrüll der deutschen Heule über den pommerellischen Korridor nicht still werden.

Draf Lerchenfeld

München, 29. Juni. Nach kurzer schwerer Krankheit ist Graf Hugo von und zu Berchtesgaden auf Köferring und Schönbühl, Staatsrat im außerordentlichen Dienst im Reichsministerium d. D. im 82. Lebensjahre in Köferring verstorben.

Hugo Graf von und zu Berchtesgaden auf Köferring und Schönbühl wurde 1843 in Berlin geboren, wo sein Vater die Stelle eines bairischen Gesandten bekleidete. Er studierte in Bonn und München und trat nach Vollendung der juristischen und Verwaltungsexamen 1867 in das bayerische Staatsministerium des Innern ein. Er wurde der Gesandtschaft in Paris zugewiesen und begleitete während des deutsch-französischen Feldzuges den damaligen bairischen Ministerpräsidenten Grafen von Bray-Steinburg nach Versailles, als dort die historischen Verhandlungen wegen Neuaufrichtung des Deutschen Reiches stattfanden. Vom Frühjahr 1871 bis 1876 wirkte Graf Berchtesgaden als bayerischer Gesandter in St. Petersburg, dann wurde er Gesandtschaftsrat bei der Gesandtschaft in Wien und im Jahre 1880 Gesandter in Berlin, wo er am 28. März 1918 im 75. Lebensjahre starb. Graf Berchtesgaden war Mitglied des Reichstages.

Berchtesgaden, der Junggeselle geblieben war, auf seinem Gute Köferring in Bayern.

Die Gewerkschaften zur Räumung und Entwaffnung.

Eine Konferenz der Gewerkschaften und Geschäftsführer der freien Gewerkschaften von Rheinland-Westfalen-Lippe in Bielefeld beschäftigte sich mit den für das besetzte Gebiet wichtigen Fragen der Räumung, der Entwaffnung und mit dem Sicherheitspakt. Nach dem Referentenbericht stellen sich hierbei die Gewerkschaften auf den Standpunkt, daß die Räumung der Kölner Zone gleichzeitig mit dem Sanktions- und Ruhrgebiet späterstens im August erfolgen muß und daß die rheinische Bevölkerung darin ein Zeichen der Verständigungswillens der Besatzungsmächte erblicken würde.

Die Gewerkschaften begrüßen den Abschluß eines Sicherheitspaktes, wobei sie voraussetzen, daß Verhandlungen hierüber nur dann dauernden Frieden verhüten, wenn gleichberechtigte Nationen miteinander darüber einig werden und daß der Pakt gleiche Rechte und gleiche Pflichten enthalten müsse.

Dorpffmüller technischer Leiter der Reichsbahn

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat, einem Antrag des Generaldirektors Dörsen entsprechend, die Stellung eines ständigen Vertreters des Generaldirektors geschaffen und den Reichsbahndirektionspräsidenten Dopffmüller, bisher in Essen, zum Vertreter der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und ständigen Stellvertreter des Generaldirektors ernannt.

Präsident Dopffmüller ist 1860 in Oberhausen geboren, 1907 trat er in den Dienst der Ostpreussischen Eisenbahn, und wurde Chefingenieur der Reichsbahn Eisenbahn-Stationen-Ruhro, die durch die chinesische Regierung aus Mitteln einer durch die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft gewährten Anleihe ausgeführt wurde. 1917 wurde er wegen der Kriegsverletzung durch die Eisenbahn und bis 1918 als Präsident über die Reichsbahn, Sibirien und Russland nach Deutschland zurück. Die Ernennung bedarf noch der Bestätigung des Reichspräsidenten.